

Demokratien in der Krise

■ MARIE-LUISA FRICK



Marie-Luisa Frick ist habilitierte Philosophin und arbeitet als Assoziierte Professorin am Institut für Philosophie der Universität Innsbruck.

Multiple Krisenzusammenhänge stellen eine Bewährungsprobe für die Demokratie dar und das in mehr als einer Hinsicht. Der Weg, sie zu bestehen, ist nichts weniger als eine Gleichgewichtsübung.

Libérale Demokratien stehen unter Druck: Ihr innerer Zusammenhalt, ihre äußere Attraktivität, ihre Problemlösungsfähigkeiten, ihre Konsistenz in Werthaltungen und Politiken werden durch die gegenwärtigen Krisen mit ihren komplexen Ursachen und Rückkopplungseffekten einer schweren Prüfung unterzogen. Es geht nicht mehr um bloße „Herausforderungen“, die vor uns stehen. Vielmehr sehen sich liberale Demokratien (allen voran in Europa und den Vereinigten Staaten) Bewährungsproben gegenüber, an denen sie selbst scheitern können.

Erwartungen an die Demokratie

Ob bzw. wann ein solches Scheitern diagnostiziert wird, hängt wesentlich davon ab, welche Erwartungen bestehen. Das können Erwartungen sein, die sich aus den Versprechen einer liberalen Demokratie – etwa ihrer Verfassungsordnung – selbst herleiten, aber auch basale Erwartungen, die sich an jede politische Ordnung richten: dass sie schützt und trägt, das heißt Sicherheit und Daseinsfürsorge leistet. Anhand all dieser Fragen – welche Erwartungen angebracht sind, wann sie un- oder untererfüllt bleiben – entfalten sich politische Konflikte. Sie sind insofern unvermeidbar, als Weltanschauungsfreiheit und Meinungspluralismus für liberale Demokratien konstitutiv sind. Darin besteht bereits eine grundlegende Bewährungsprobe, die in Krisenzeiten besonders hart ausfallen kann. Gehört der Meinungsstreit immer schon zu offenen Gesellschaften, hat er in Zeiten von

Bedrohungen, die als existenziell erfahren werden, die Tendenz, sich in Polarisierungen zu verhärten und in Radikalisierungen zu verschärfen.

Eine der Pathologien des demokratischen Meinungsstreits ist Populismus, besonders wenn er in Verbindung mit Verschwörungsdanken auftritt. Die populistische Denkfigur zeichnet aus, dass politischen Gegnern abgesprochen wird, legitime Teilhaber am *demos* zu sein, sie werden hingegen als „Verräter“ an diesem Volk angegriffen, mitunter als „Dämonen“. Der Schaden für ein demokratisches Gemeinwesen, welches darauf angewiesen ist, dass sich Bürger und Bürgerinnen als Gleiche unter Gleichen verstehen, kann aber durch unreflektierten Anti-Populismus zusätzlich vergrößert werden. Der deutsche Politologe Philip Manow bringt das anti-populistische Dilemma in „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie“ (2020) auf den Punkt: „Es ist also unsere Pflicht, die Gesellschaft ganz entschieden und mit aller politischen Konsequenz in zwei Gruppen zu teilen: in diejenigen, die die Gesellschaft in zwei Gruppen teilen und die, die das nicht tun.“

Die Einsicht, dass Abstiegsängste und Ohnmachtsgefühle von Menschen, die sich als gesellschaftlich „abgehängt“, „bevormundet“ oder „betrogen“ betrachten, demokratische Konflikte in gefährliche Exzesse steuern können, ist nicht neu. So warnte 1998 der amerikanische Philosoph Richard Rorty in einem heute wieder vermehrt gelesenen Text davor, dass

progressive Eliten die Bedürfnisse von sozial schwächeren Gruppen bzw. Globalisierungsverlieren missachten oder sogar mit moralischer Überheblichkeit auf sie herabblicken. Wenn es nicht gelinge, Brücken gemeinsamer Identifikation an die Stelle von identitären Einhausungen zu setzen, „wird etwas bersten“ (Achieving Our Country. Leftist Thought in Twentieth-Century America). 25 Jahre später verstehen wir leider zu gut, was damit gemeint ist. Es wäre daher zu wenig, bloß die Sorgen von Menschen ernst zu nehmen, die sich „progressiven“ Devisen verweigern. Es kommt, mit Rorty gedacht, darauf an, diese Menschen als gleichberechtigte Mitbürger ernst zu nehmen.

Kritik darf nicht einschüchtern

Politische Diskussionen, die politische Entscheidungen vorbereiten oder sie begleiten, dürfen keine Angelegenheit von privilegierten Meinungsmachern sein, sondern müssen allen Mitgliedern des demokratischen Gemeinwesens unabhängig von ihrer politischen Meinung grundsätzlich offenstehen. Im demokratischen Widerstreit kann es weder darum gehen, alles unwidersprochen gelten zu lassen oder gar sich überhaupt nicht mehr für die Meinungen anderer zu interessieren, noch darf Widerspruchsgeist zu Formen der Kritik ausarten, die Andersdenkende einschüchtern und zum Verstummen bringen.

Das führt zu einer weiteren Bewährungsprobe für Demokratien in der Krise. Wie sollen alle gleichberechtigte Teilnehmer an demokratischen Diskursen sein, wenn doch nicht alle gleich kundig und klug sind? Damit Demokratie weder eine „Diktatur der Dummen“ ist, noch die Herrschaft der Experten, gilt es, eine Ausdifferenzierung von Autorität entlang von zwei Arten von Fragen vorzunehmen: Welche Ziele will man erreichen? Was kann man realistischere/sinnvollerweise tun, um ein bestimmtes Ziel zu er-

reichen? Während bei letzterer Frage die Bedeutung von Fachwissen nicht unterschätzt werden darf, ist erstere als politische Frage dem demokratischen Diskurs zu überantworten. Wird dieser Unterschied vermischt, droht nicht nur der Demokratie, sondern auch der Wissenschaft Schaden, wie jüngst etwa auch Alexander Bogner darlegte (Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, 2021).

Entmutigung vielerorts greifbar

Die Frage, was man tun kann, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, verweist auf eine weitere Bewährungsprobe für die Demokratie, die darin besteht, zwei Extreme zu meiden: Allmachtsfantasien auf der einen, Defätismus auf der anderen Seite. Alles schaffen zu können, wenn man nur will oder nur die richtigen moralischen Prämissen auf seiner Seite hat, kommt in einer hochkomplexen globalisierten Welt selbst im Fall von Großmächten Wunschenken gleich. So liegt heute für viele Menschen denn auch nicht Gestaltungsübermut nahe, sondern umgekehrt der nicht minder problematische Vertrauensverlust in die eigene politische Selbstmächtigkeit. Die Entmutigung, die dort entsteht, wo Bürger und Bürgerinnen meinen, nichts mehr ausrichten zu können oder nur noch mit identitär Gleichen politisch handeln zu können, ist vielerorts greifbar. Das Freiheitsversprechen der Demokratie ist darauf angewiesen, dass demokratische Politik ihren Wirklichkeitsbezug nicht verliert, aber eben auch nicht das Zutrauen der Menschen. Ob diese Balance ohne institutionelle Erweiterungen der repräsentativen Demokratie durch mehr direkte Mitbestimmung gelingt, ist fraglich. Doch wie keine andere Herrschaftsform erlaubt Demokratie ihrem Prinzip nach systemische Umarbeitungen und Ausbesserungen. Allein das spricht schon gegen demokratische Resignation. ■

■ Es wäre zu wenig, bloß die Sorgen von Menschen ernst zu nehmen, die sich „progressiven“ Devisen verweigern. Man muss sie als gleichberechtigte Mitbürger ernst nehmen.